



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 185
14. Dezember 2018

EINWURF

Liebe Leserinnen,
lieber Leser,
die letzte Sitzungswoche des Jahres geht zu Ende. Zum Jahresabschluss haben wir nochmal wichtige Weichenstellungen zur besseren medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen und zur schnelleren Terminvergabe bei Ärzten für gesetzlich Versicherte gestellt (Seite 3). Überdies haben sich die Regierungskoalitionäre auf einen Kompromiss in Bezug auf den Strafrechtsparagrafen 219a geeinigt, der das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche regelt (Seite 3).

Das Jahresende bietet natürlich auch die Gelegenheit, auf 2018 zurückzublicken. Aus politischer Sicht war es ein spannendes und turbulentes Jahr. Manchmal und gerade in Hinblick auf die Personaldiskussionen des Sommers sicherlich etwas zu turbulent. Die Landtagswahlen in Hessen und Bayern sind aus Sicht der Union nicht so erfolgreich verlaufen, wie wir uns das gewünscht hätten. Auch wenn wir unser vorrangiges Wahlziel, stärkste Kraft zu bleiben und weiterhin die Regierungsgeschäfte zu führen, in beiden Bundesländer erreicht haben.

Nun gilt es nach vorne zu schauen und die richtigen Lehren zu ziehen. Den Anfang haben wir auf dem CDU-Bundesparteitag in Hamburg gemacht. Für mich war dieser Parteitag das (politische) Highlight des Jahres. Ein Hochfest der Demokratie mit der Auwahl zwischen drei hervorragenden Kandidaten sowie vielen guten und vor allem an-



Foto: Schnieder

ständig geführten Diskussionen. Einen Bericht und meine Einschätzung zum Parteitag finden Sie auf der nächsten Seite.

Mit den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz sowie in vielen anderen Bundesländern, der Europawahl und den Landtagswahlen in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen verspricht auch das kommende Jahr ereignisreich und spannend zu werden. Ich bin überzeugt, dass die CDU diese Wahlen positiv für sich gestalten kann.

Im Fokus des kommenden Jahres wird darüber hinaus auch weiterhin der Brexit stehen, der am 29. März um 23 Uhr

britischer Zeit rechtskräftig werden wird. Die Diskussionen, die derzeit in Großbritannien geführt werden, zeigen, dass dieser sich weniger einfach gestalten wird als sich dies die Brexit-Befürworter ausgemalt haben. Damit beschäftigen wir uns aber erst im kommenden Jahr.

Mein Team und ich wünschen Ihnen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familie und einen guten Start in das neue Jahr 2019!

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

BUNDESPARTEITAG

Frischen Wind nutzen und ins nächste Jahr tragen



Impressionen vom Bundesparteitag 2018.

Foto: Schnieder

Die Delegierten des CDU-Bundesparteitages haben am letzten Wochenende in Hamburg Annegret-Kramp-Karrenbauer (AKK) zur neuen Vorsitzenden

der CDU gewählt. Der Parteitag hat mit Paul Ziemiak zudem ein Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum neuen Generalsekretär bestimmt.

Wir haben in der vergangenen Woche einen höchst lebendigen Parteitag erlebt. Frischer Wind ist durch die CDU geweht! Daran haben vor allem die drei Kandidaten einen großen Anteil. AKK, Friedrich Merz und Jens Spahn haben sich auf acht Regionalkonferenzen vielen tausend Parteimitgliedern in einem fairen Wettbewerb vorgestellt. Es wurde engagiert in der Sache diskutiert und gestritten, die Partei gierte geradezu nach Neuem und nach Aufbruch.

Und sie wurde nicht enttäuscht! Wir können uns glücklich schätzen, drei exzellente Kandidaten aufgeboten zu haben, die allesamt unsere Partei führen können.

Mit einem in der Stichwahl knappen Ergebnis wurde AKK gewählt, die ganz offensichtlich mit einer emotionalen, persönlichen, entschlossenen und Mut machenden Rede die meisten Delegierten erreichte. Nun gilt es, die Reihen zu schließen, zusammenzustehen und den frischen Wind, der durch die Kandidaturen von AKK, Merz und Spahn aufkam, weiterzutragen und für uns als Union zu nutzen.

KINDERRECHTE

Unicef-Projekttag am Regino-Gymnasium



Foto: Regino-Gymnasium



Foto: Regino-Gymnasium

Auch in diesem Jahr war ich im Rahmen des Unicef-Projekttag „Kinderrechte“ am Regino-Gymnasium in Prüm. Dabei stellten mir die Schüler der 5. Klassen

zunächst vor, wie die Welt aussehen würde, wenn sie von Kindern regiert werden würde. Anschließend hatten wir dann die Gelegenheit zur Diskus-

sion, bei der es auch um meine Arbeit im Deutschen Bundestag ging. Aber vor allem darum, wie wir bessere Politik für Kinder machen können.

BERLIN

Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche bleibt bestehen

Die Forderungen, das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche aus Paragraph 219a StGB aufzuheben, haben in den vergangenen Wochen und Monaten wieder zugenommen. Die Diskussion

hat auch für Differenzen in der Regierungskoalition gesorgt. Die Koalitionsfraktionen aus CDU, CSU und SPD haben die Bundesre-

gierung daher damit beauftragt zu prüfen, ob diesbezüglich gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Die Bundesregierung hat nun einen ersten Kompromissvorschlag vorgelegt. Der CDU war es in diesen Verhandlungen wichtig, dass das grundsätzliche Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche bestehen bleibt. Denn der Schutz des Lebens,

ob ungeborenes oder geborenes, hat für uns Christdemokraten eine überragende Bedeutung. Zugleich befinden sich Frauen, die ungewollt schwanger werden, in einer extremen emotionalen Situation, in der sie auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Dabei müssen sie auch den Zugang zu neutralen, medizinischen und recht-

lich qualitätsgesicherten Beratungs- und Informationsangeboten erhalten. Deshalb enthält der nun vorgestellte Kompromissvorschlag einen Auftrag an staatliche Stellen, dieses Informationsangebot auszubauen und besser zugänglich zu machen. Diesen wollen wir zudem gesetzlich verankern.

Der Schutz des Lebens hat für uns als Christdemokraten eine überragende Bedeutung.

§219a

Foto: CDU

GESUNDHEIT

Gesetz für bessere medizinische Versorgung in ländlichen Regionen

Eine qualitativ gute und wohnortnahe medizinische Versorgung aller versicherten Patienten ist die zentrale Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung. In erster Lesung haben wir in dieser Woche einen Gesetzesentwurf diskutiert, der sicherstellen wird, dass diese Aufgabe besser erfüllt wird als bislang. So wollen wir für ländliche Regionen, die bislang vertragsärztlich unterversorgt sind, verbindliche regionale Zuschläge für Ärzte einführen. Zudem wollen wir die Krankenversicherungen verpflichten, in diesen Regionen eigene Praxen oder mobile und telemedizinische Versorgungs-Alternativen anzubieten.

Darüber hinaus zielen die Maßnahmen des Gesetzesentwurfs darauf ab, Wartezeiten auf Arzttermine zu verkürzen, das Sprechstundenangebot zu erweitern und die Vergütung vertragsärztlicher Leistungen zu verbessern. So soll etwa das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärzte von 20 auf 25 Stunden angehoben werden. Weiter soll sichergestellt werden, dass die Terminalservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen bundesweit unter der einheitlichen Telefonnummer 116117 jeden Tag rund um die Uhr telefonisch und auch online erreichbar sind. In Akutfällen werden Patienten so stets an Arztpraxen oder Notfallambulanzen vermittelt.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... ist es gar nicht so einfach, das traditionelle Team-Weihnachtsfoto für den Newsletter zu schießen. Zumal mein Team seit meiner Wahl zum PGF der Unionsfraktion und zum Vorsitzenden der Landesgruppe Rheinland-Pfalz nochmal angewachsen ist. Da bringt jede(r) ihre ganz eigenen Vorstellungen mit, wie genau das Foto denn auszusehen hat. Und natürlich wird jede Aufnahme -wie der folgende Schnappschuss zeigt- einer intensiven Prüfung unterzogen und auf Verbesserungspotential inspiziert:



Foto: Schnieder

Zu viele Köche sollen ja angeblich den Brei verderben. Ob wir mit unserem Weihnachtsfoto den Gegenbeweis antreten konnten, überlasse ich einmal Ihrem Urteil. ;-)

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227 71881
Fax: 030/227 76240

[E-Mail](#) • [Webseite](#)
[Facebook](#) • [Twitter](#) • [Youtube](#)